Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei der Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 62. | Dresden, Donnerstag den 16. März 1911. | 22. Jahrg.

Auf zum Frauenwahlrechtstag am Sonntag den 19. März!

Wettrüsten oder Friedenspolitik.

Die letzten Debatten des englischen Unterhauses sind von großer Bedeutung für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland und zugleich damit für das große Problem unserer Zeit, ob die Seerüstungen weiter weiter fortgesetzt werden sollen oder ob endlich eine wirkliche Friedenspolitik eingeschlagen werden soll.

Es lagen dem Unterhaus zwei Resolutionen vor, die eine des schottischen Radikalen Macdonald, die von der Arbeiterpartei unterstützt wurde, bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen der hohen Neuforderungen im Marineetat. Die andere, von liberaler Seite, bedauert die „Notwendigkeit" der Rüstungen und befürwortet internationale Vereinbarungen zur gegenseitigen Einschränkung. Dieser liberale Vorschlag bezweckte also eine Kundgebung für den Frieden, ohne der Regierung wehe zu tun.

Aus der Rede des Flottenministers Mac Kenna, die wir schon in der Dienstagsnummer unseres Blattes mitteilten, ist die Ankündigung hervorzuheben, daß mit den jetzigen Forderungen für die Marine sozusagen die Hochwassermarke erreicht werden würde. Vom nächstjährigen Etat an könne wieder eine Verminderung der Schiffsbauten eintreten, wenn nicht das deutsche Flottengesetz eine Abänderung erfahre.

Unmittelbar nach dem Flottenminister sprach unser Parteiführer Keir Hardie im Namen der Arbeiterpartei. Er sagte, keine konservative Regierung hätte eine schlimmere Kriegspolitik betreiben können als die gegenwärtige liberale. Wenn eine konservative Regierung solche Forderungen aufstellen würde, dann hätten die liberalen Führer mit aller Energie dagegen protestiert. Das Wettrüsten habe seinen tiefsten Grund in der wirtschaftlichen Konkurrenz der beiden Staaten, in der wahnsinnigen Jagd nach Absatzmärkten. Allein gerade jene Länder seien wirtschaftlich und sozial am erfolgreichsten, die weder Heere und Flotten noch Imperialismus kennen. Ferner ist die Diplomatie für die Rüstungen verantwortlich zu machen. Keir Hardie beantragte deshalb die Einsetzung einer Unterhauskommission zur Festsetzung des Flottenvoranschlags, ferner daß internationale Abmachungen nur mit Zustimmung des Parlaments abgeschlossen werden sollen. Die Regierung habe durch die Festsetzung des Flottenvoranschlags die internationale sozialistische Arbeiterbewegung außer acht gelassen. Diese sei mit ihren 600 Parlamentsmitgliedern und über 9 Millionen Stimmen ein gewaltiger Lebensfaktor, mit dem der Militarismus in allen Ländern rechnen muß.

Von größter internationaler Bedeutung war die Rede des Ministers des Äußern, Sir Edward Grey. Er wiederholte in bestimmter Form die Erklärung Mac Kennas, daß England im nächsten Jahre seine Marinerüstungen reduzieren werde, falls die Rüstungen der andern Staaten in den gegenwärtig beabsichtigten Grenzen bleiben. Die Beziehungen Englands nicht nur zu Frankreich und Rußland, sondern auch zur deutschen Regierung seien die freundschaftlichsten, und es sei ein Paradoxon (Widerspruch), daß die Rüstungen trotzdem unaufhörlich steigen, und das gerade bei den höchsten Kulturnationen. Unter der Last der fürchterlichen Militärausgaben müsse die Zivilisation schließlich zusammenbrechen. Wenn diese Rüstungen so weiter gehen, sagte der englische Minister, dann müssen sie bald unerträglich werden. Es gebe viele, die glauben, daß sie schließlich zum Krieg führen müssen. Er aber meine, daß diese unerträglichen Lasten eher zur inneren Revolution führen werden, zur Revolte der Massen gegen die unerträgliche Steuerlast. In dieser Beziehung sei England nicht schlimmer daran. Denn so schwer auch die Steuern sind, die der Massen nicht sehr darunter leiden. Das können nicht alle Länder von sich behaupten. Wenn die Steuerlast für die Massen des Volkes den Hunger bedeuten, dann wird die Revolte nicht lange ausbleiben. Das ist Welt entgegentreiben, dem die großen Länder zustreben. Man merkt wohl, an wen diese Worte im besonderen diese Mahnungen Sir Edward gerichtet sind.

Mit Bezug auf den Vorschlag der internationalen Einschränkungen der Rüstungen erklärte Sir Edward, daß die englische Regierung zu einer solchen Vereinbarung gern bereit sei, doch machte er das Unterhaus darauf aufmerksam, daß das deutsche Flottengesetz ein sehr ernstes Hindernis darstelle. Das deutsche Flottenprogramm sei sehr umfangreich und ernst, es sehe den Bau von 38 Schlachtschiffen, darunter 17 Dreadnoughts vor, und er wisse, daß die deutsche Regierung jede Anregung, dieses Programm durch irgendwelche Vereinbarung einzuschränken, sofort in der bestimmtesten Form zurückweisen würde. Das müssen wir uns bei allen Bestrebungen nach einer Vereinbarung klar vor Augen halten. Aber innerhalb dieser Grenzen werden, glaube er, Vereinbarungen etwas ausrichten können und freundschaftliche Besprechungen auch der Rüstungsfragen können nur Gutes leisten.

Schließlich verdienen die Aeußerungen Sir Edward Greys über einen allumfassenden anglo-amerikanischen Friedensvertrag, wonach alle Streitfragen, auch solche, die die „Lebensinteressen" oder die „nationale Ehre" der betreffenden Staaten berühren, stets einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden sollen, so daß ein Krieg zwischen den zwei Staaten völlig ausgeschlossen sei, die höchste Beachtung. Sir Edward Grey machte sich die vom Präsidenten Taft ausgegangene Anregung uneingeschränkt zu eigen, und wenn Taft nicht einfach flunkerte, dann muß es nun zu einem formellen Vorschlag der Vereinigten Staaten und schließlich zu einem Vertrag in diesem Sinne kommen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag Macdonald ergab nur 56 Stimmen dafür und 276 dagegen. Es zeigt dies, daß außer der Arbeiterpartei nur ganz wenig Radikale den Mut aufbringen konnten, gegen die Regierung zu stimmen, was viele von ihnen zweifellos mit der durch die Verfassungsfrage geschaffenen besonderen Lage entschuldigen werden. Der Abänderungsvorschlag, der internationale Einschränkung der Rüstungen befürwortet, wurde dann ohne Abstimmung angenommen.

•

Die Antwort der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

Das Organ des Reichskanzlers weiß vorläufig nur gar hilflose Worte zu den Erklärungen Sir Edward Greys zu stammeln. Es sagt:

„Die Aeußerungen Sir Edward Greys über die internationale Lage im allgemeinen und die deutsch-englischen Beziehungen im besonderen können wir nur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßen. Dasselbe gilt von den Darlegungen, die der Rüstungsfrage gewidmet waren, und die auch dem deutschen Standpunkt in so hohem Grade gerecht werden, daß sich daraus erfreuliche Perspektiven für die Weiterentwicklung der deutsch-englischen Beziehungen ergeben. Nach den vorliegenden Meldungen hat der Minister mit Nachdruck die Feststellung des Reichskanzlers im Reichstage wiederholt, daß sich Mißtrauen nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung beider Länder vielfach geltend gemacht habe. Wenn zur Beseitigung dieses Mißtrauens, soweit die öffentliche Meinung in England in Betracht kommt, Vereinbarungen etwas beitragen können, wie sie der Minister angedeutet hat, so wird man deutscherseits gern bereit sein, dazu die Hand zu bieten. Von hier zu dem idealen Zustand eines auf das Schiedsgerichtswesen gegründeten Weltfriedens ist allerdings, wie Sir Edward Grey selbst betonte, noch ein weiter Schritt. Wenn man auch dem Gedanken schiedsgerichtlicher Abmachungen noch so sympathisch gegenübersteht, so wird man doch darin kein arcanum (Allheilmittel) gegen alle internationalen Mißverständnisse und Mißhelligkeiten suchen dürfen. Erst in jüngster Zeit hat ein Spezialfall gezeigt, daß dies nicht der Fall ist und daß über Anwendung des Schiedsgerichts ebenso Zwiespalt entstehen kann, wie über andere Dinge. Eine Einigung der divergierenden Regierungen wird eben in solchem Falle genau wie in allen anderen von dem mehr oder minder versöhnlichen Geiste abhängen, in dem die Verhandlungen geführt werden. Und gerade der versöhnliche Geist, von dem die ganze Rede des englischen Staatsmannes durchweht ist, ist es, der ihr Sympathien in aller Welt erwecken wird."

Diese Aeußerungen des deutschen Regierungsorgans zeigen lediglich, wie kläglich und jämmerlich allgemach die Situation ist, in die sich der deutsche Flottenrüstungschauvinismus hineingesteuert hat. Man muß erkennen, daß gegen die neuen kolossalen Anstrengungen Englands, seine Flotte überlegen zu erhalten, nichts auszurichten ist. Aber man will sich auch nicht zu der von England angebotenen Politik der Schiedsgerichte und der Abrüstung entschließen. Man schwankt unentschlossen und kümmerlich hin und her. Man wagt nicht, sich zu einem klaren Grundsatz zu bekennen. Man fühlt sich in die Enge getrieben durch die zunehmende Gewalt des Friedensgedankens. Man kann nicht länger schroff widersprechen, aber man bringt es nicht fertig, sich zu einer neuen Politik zu bekennen. Man behilft sich mit törichten Ausflüchten und kleinlichen Mäkeleien.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wiederholt das Geschwätz, daß das ungünstige Verhältnis zwischen Deutschland und England nicht durch die Regierungen verschuldet sei, sondern durch „die öffentliche Meinung beider Länder". Es ist aber ganz gewiß ein wesentlicher Unterschied, ob der englische Staatssekretär Grey auf die chauvinistischen Stimmungen hinweist oder ob das deutsche Regierungsblatt dies tut. Es ist deshalb ein wesentlicher Unterschied, weil die englische Regierung seit Jahren dem chauvinistischen Geist entgegengetreten ist, während die deutsche Regierung mit den Parteien der Säbelrasselei und der Flottentreibereien ging. Es ist doch allzu abgeschmackt, wenn die deutsche Regierung es so darzustellen sucht, als sei durch „die öffentliche Meinung" in Deutschland die Spannung gegen England verursacht worden. Jedermann weiß, daß der Kaiser durch seine einstigen weltpolitischen Reden und daß die deutsche Regierung durch ihre riesigen und herausfordernden Flottenrüstungen die handelspolitischen Rivalitäten verschärft und das Verhältnis zu England so außerordentlich gefahrdrohend zugespitzt haben. Gewiß hatten auch stets die Interessenten der Panzerplattenprofite ihre Hand mit im Spiele. Aber die „öffentliche Meinung" in Deutschland, soweit dabei das arbeitende deutsche Volk zu verstehen ist, hat seine Regierung wahrlich niemals gehindert, den unseligen internationalen Spannungszustand zu lösen.

Nun stellt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in Aussicht, daß die deutsche Regierung bereit sei, zu gewissen Vereinbarungen mit England die Hand zu bieten. In dieser Erklärung könnte man vielleicht eine gewisse günstige Wendung erblicken. Wir müssen uns aber hüten, dies allzu hoffnungsvoll zu betrachten. Es läßt sich noch gar nicht übersehen, welcherlei Vereinbarungen da in Betracht kommen sollen. Sir Edward Grey hat lediglich in Aussicht gestellt, daß Deutschland vielleicht geneigt sein könnte, durch Vereinbarungen eine noch weitere Beschleunigung der Seerüstungen hintanzuhalten. Im bisherigen Tempo könnte auch danach das Wettrüsten fortgehen. Sir Edward Grey betonte, daß die englische Regierung zum wirklichen Rüstungseinhalt und zur Verminderung der Rüstungen bereit sei, daß aber von Deutschland in dieser Hinsicht ganz gewiß nichts zu erwarten ist. Dies ist auch die Auffassung und der heiße Wunsch der „öffentlichen Meinung" in Deutschland. Gerade die Sozialdemokratie wird ihr Bestes tun, um die Regierung in dieser Richtung vorwärts zu schieben.

Wie schwerfällig und rückständig die deutsche Regierung noch immer verbleibt, zeigen auch die Aeußerungen der Norddeutschen über das Schiedsgerichtswesen. In derselben Zeit, da England und Amerika einen ernsthaften Schritt zur Durchführung der schiedsgerichtlichen Entscheidung ihrer Streitigkeiten machen, weiß das deutsche Kanzlerblatt nichts weiter zu tun, als das internationale Schiedsgerichtswesen zu bemörgeln. Es erscheint als der geschichtliche Beruf der preußisch-deutschen Regierung, jedem politischen Fortschritt mit Verständnislosigkeit entgegenzutreten.

Daß es Spezialfälle gibt, in denen ein Schiedsgericht eine falsche, ungerechte Entscheidung treffen kann, ist unbestritten. Für Vernünftige folgt daraus aber nichts anderes, als daß das Schiedsgerichtswesen ebenso ständig verbessert werden muß wie alle menschlichen Einrichtungen, die einen verständigen Zweck verfolgen.

Die Sprüche der reichsdeutschen Justiz sind ja auch nicht immer ideal. Trotzdem besteht Einigkeit darüber, daß auch ein höchst mangelhaftes Gerichtswesen besser ist als das Faustrecht und die allgemeine Keilerei. Niemand will zum Urzustand zurückkehren, man fordert vielmehr eine bessere Rechtspflege. Und sollte unter Staaten nicht gelten, was unter Staatsbürgern gilt?

Immerhin ist der erste schüchterne Schritt auf dem Wege zu englisch-deutschen Vereinbarungen, den die Norddeutsche anmeldet, zu begrüßen. Wir Sozialdemokraten dürfen diese Zusage der Regierung als einen Erfolg unserer so lange und so hohnvoll bekämpften Bestrebungen buchen. Aber dieser erste Schritt ist noch allzu zaghaft. Nun gilt es erst recht, die Regierung vorwärts zu treiben auf der Bahn der Friedenspolitik!

•

Der Vorwärts bemerkt: „Nun hat der Deutsche Reichstag das Wort. Wir fordern mit allem Nachdruck — und die sozialdemokratische Fraktion wird die Forderung klipp und klar stellen — daß der Deutsche Reichstag dem Willen der arbeitenden Massen dieses Landes Rechnung trage und die Regierung anweise, ohne Verzug die Besprechungen mit England zu beginnen. Dem Wahnsinn des Wettrüstens muß ein Ende gemacht werden, soll nicht dem Schrecken ohne Ende eine Ende mit Schrecken folgen."

•

Der amerikanisch-englische Vertrag.

Washington, 15. März. Nach einer Meldung der Associated Preß verlautet, daß Taft im Dezember dem amerikanischen Kongreß einen englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag unterbreiten dürfte, der alle Fälle ohne Ausnahme umfassen soll.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110316/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG